

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Riesner
Herausg. Nr. 20.
Verlag Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weihen beiderseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1332.
Groschen
Riesa Nr. 22.

Nr. 127.

Dienstag, 4. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Reichsmark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Abonnenten vor Ablauf des Monats wird die Summe der Rückgeldezahlungen bis 5 Uhr vormittags aufgegeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1. und 2. Klasse (6 Seiten) 25 Pfennig; die 35 mm breite Anzeigen 50 Pfennig; getrennter und tabellarischer Satz 50%, Nachschlag, feste Tarife. Einzelhefte 10 Pfennig. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachdruck der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschke 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der englische Liberalismus im Kreuzfeuer.

Die englischen Liberalen haben mit ihren 53 Mandaten zwischen den 268 der Konservativen und den 288 der Arbeiterpartei die Position des Ringelsteins an der Waage gewonnen. Aber diese Position ist in England weniger beneidenswert, als etwa in Deutschland oder in Frankreich. MacDonald, der Führer der Arbeiterpartei, erklärte den Ausfall der Wahlen kurzerhand dahin, daß das englische Volk durch die geringe für den Liberalismus abgegebene Stimmenzahl zum Ausdruck gebracht habe, daß es eine dritte Partei nicht wünsche. Dieses Urteil ist ganz und gar aus der englischen Tradition des Zwei-Parteien-Systems erwachsen. Der Engländer steht tatsächlich nur auf die großen Parteien. Sie sind ihm bezeichnend für die Richtung des politischen Willens im Volk, und mit ihnen soll deshalb auch die Regierungsverantwortung verbunden werden. Alle die kleinen Schichten und alle die unglücklichen Zufälligkeiten, denen eine Koalition ausgesetzt ist, in der eine Minderheitsgruppe nach Belieben dadurch die Entscheidung herbeiführt, daß sie sich abwechselnd bald auf die eine bald auf die andere Seite schlägt, sind dem Engländer unbekannt. Und darin äußert sich in der Tat eine tiefere politische Weisheit. Soll ein Volk politisch erwachsen werden, soll sein politisches Interesse dauernd wach erhalten werden, dann muß es nach großen Gesichtspunkten entscheiden können. Es muß dann auch diejenige Partei an der Regierung haben, der die größte Zahl der Mandate zugefallen ist, einerlei ob diese nun zu einer absoluten Mehrheit im Parlament ausreicht oder nicht. Die vom Vertrauen eines gewaltigen Volksteiles getragene Partei soll regieren, was sie will und was sie kann. Dafür nimmt der Engländer in Kauf, daß die Entscheidung über einen solchen Regierungspolitisch abwechselnd recht stark nach rechts oder nach links ausschlagen kann. Nach dem Vorschlag vom Parallelogramm der Kräfte wird sich seiner Auffassung nach der Ausschalt automatisch ergeben. Er wird nicht, wie bei dem Regierungssystem der gemischten Koalitionen, immer im gegenwärtigen Augenblick gesucht werden, sondern in größeren Zeiträumen. Und da Politik treiben Geschichte machen heißt, so dürfte diese mit längeren Fristen rechnende historische Auffassung tatsächlich ihre Berechtigung haben. Der Wähler aber lernt gerade dadurch, daß er entgegengegesetzte Tendenzen bei den verschiedenen Regierungen deutlich wahrnehmen kann, unterscheiden. Die Kunst des richtigen Unterscheidens ist aber die Voraussetzung für alles Erkennen.

Lord George sieht sich deshalb keineswegs, wie es auf dem Festlande der Fall sein würde, etwa von den beiden Hauptparteien umworben, weil nur mit Hilfe der Liberalen eine absolute parlamentarische Mehrheit und damit eine tragfähige Regierung erzielt werden könnte, sondern er bekommt von beiden Seiten mit rücksichtsloser Deutlichkeit attestiert, daß er und seine Partei eigentlich überflüssig sei, und daß man sein Verschwinden von der politischen Bühne für das Beste halte. Baldwin erklärt, die konservative Partei verdanke den starken Rückgang ihrer Stimmen zum größten Teil der heftigen Kritik, die der Liberalismus geübt habe, und die sich von der der Arbeiterpartei kaum unterscheiden. MacDonald dagegen glaubt feststellen zu können, daß die größere Hälfte der liberalen Stimmen auch noch der Arbeiterpartei zugefallen sein würde, wenn es keine liberale Partei gegeben hätte. Sowohl die Konservativen wie die Arbeiter halten also für die Zukunft sich daran fest, daß der Wettbewerb um die Regierungsmacht in England nur noch zwischen zwei großen Hauptströmungen ausgetragen werden sollte. Die letzten Wahlen erschienen so als ein letzter Versuch des Liberalismus, sich in der Position der einen Hauptpartei zu behaupten. Dieser Versuch ist nach englischer Auffassung endgültig gescheitert. Auf ein paar Mandate mehr oder weniger für die Liberalen kommt es dabei nicht an. Bedeutsam ist nur, daß ihre geringe Mandatszahl sie als unfähig erscheinen läßt, irgendwann noch einmal die Arbeiterpartei aus der Rolle des Hauptgegners der Konservativen zu verdrängen. Für Lord Baldwin ist die Idee des Bürgerblocks ebenso unsumpftisch, wie für MacDonald die Idee eines großen Einheitsblocks. Lord George hat nun die unendliche und sehr schwierige Aufgabe, entweder Lord Baldwin zu kürzen, was die Arbeiterpartei an die Regierung bringen würde, oder ihn zu unterstützen, ohne irgendwelchen Dank dafür zu ernten. Seine Rolle einer etwaigen Arbeiterregierung gegenüber wäre die gleiche. Ein liberales Regierungsprogramm, das sich selbstständig neben dem konservativen oder neben dem der Arbeiterpartei setzen lassen könnte, ist schwer auszubedenken. Umso schwerer, als die liberale Partei selbst in sich gespalten ist, da der eine Flügel mehr zum Bürgerblock, der andere mehr zum Einheitsblock neigt. So spricht bei der ganzen englischen Mentalität vieles dafür, daß tatsächlich in absehbarer Zeit die liberalen Stimmen sich auf die beiden Hauptparteien verteilen und so die alte Form des politischen Wettbewerbs wieder herstellen werden, mit der einzigen Veränderung, daß der Name der Liberalen durch den der Arbeiterpartei ersetzt werden wird. Aus dieser Situation erklärt sich die Schärfe des Kampfes, wie er von den beiden Hauptparteien gerade gegen die Liberalen geführt wurde, und erklärt sich die Ablehnung des Verhältniswahlrechtes, für das weder die Konservativen, noch die Arbeiter zu haben sind. Mag das Verhältniswahlrecht noch so gerecht sein, es bringt die Gefahr der Vermischung der Stimmen und der Verwässerung mit sich. England wünscht nicht diesen Weg, sondern den der klaren Unterscheidungen zu gehen.

Schwerer Eisenbahnunfall bei Königsbrück. Vier Reichswehrsoldaten getötet.

11. Bauzug 5. Königsbrück. Montag nachmittags 17.15 Uhr kurz vor der Abfahrt des Bauzuges 5. Königsbrück ein Wagen eines Militärzuges um. Ein zweiter Wagen entgleiste. Es sind 4 Todesopfer zu beklagen.

11. Bauzug 5. Königsbrück. Die vier zu dem Eisenbahnunfall auf dem hiesigen Bahnhof noch erfahren, handelt es sich bei dem verunglückten Zug um einen von Schlesien nach Königsbrück bestimmten Militärzug. Ein mit Mannschaften und Pferden beladener Güterwagen ist entgleist und umgekippt. Dabei wurden vier Reichswehrsoldaten getötet und zwei leicht verletzt. Die Verletzten wurden ins Garnisonlazarett Königsbrück gebracht. Militärische Hilfe und Sanitätsmannschaften waren sofort zur Stelle. Nach kurzer Zeit erschienen ferner ein Hilfszug und verschiedene Feuerwehren, darunter auch die Dresdener Feuerwehr. Man hofft, den Betrieb in wenigen Stunden wieder aufnehmen zu können. Der Präsident der Reichsbahndirektion Dresden, Dr. Klinge, hat sich mit einem Deputierten an die Unfallstelle begeben. Ueber die Ursache des Unglücks ist immer noch nichts Genaueres bekannt.

11. Bauzug 5. Königsbrück. Zu dem Eisenbahnunfall auf dem hiesigen Bahnhof erfahren wir noch, daß es sich bei dem verunglückten Zuge um einen Transport der 1. und 2. Eskadron des 7. preuss. Reiterregiments handelt. Ein Wagen mit 8 Mann und 8 Pferden entgleiste. Der Wagen wurde etwa 400 Meter weit geschleift, wobei er umkippte. Der Zug kam dann zum Stehen. Es sind tot Unteroffizier Kraut, Obergefreiter Wille, Fahnenjunker Förster und Fahnenjunker Simral, die sämtlich der 1. Eskadron des Reiterregiments 7 angehören. Die beiden anderen in dem Wagen befindlichen Soldaten wurden leicht verletzt.

Die Reichsbahndirektion Dresden

teilt mit: Aus noch nicht aufgeklärter Ursache ist von einem von Schlesien nach Königsbrück bestimmten Güterzug auf dem Bahnhof Königsbrück nachmittags 17.15 Uhr ein mit Mannschaften und Pferden beladener Güterwagen entgleist und umgekippt. Bei dem Unfall wurden vier Reichswehrsoldaten getötet und zwei leicht verletzt. Die Verletzten sind nach dem Garnisonlazarett Königsbrück gebracht worden. Militärische Hilfe und Sanitätsmannschaften waren sofort zur Stelle. Ferner erschienen der Hilfszug, die Dresdener Feuerwehr und die Feuerwehren der benachbarten Ortsteile, sehr rasch an der Unfallstelle. Der Betrieb wird nach wenigen Stunden unterbrochen werden. An der Unfallstelle weilt der Präsident der Reichsbahndirektion Dresden, Dr. Klinge, mit einigen Deputierten der Reichsbahndirektion.

Des Weiteren werden auch noch folgende Einzelheiten über das Unglück gemeldet: Die Truppen waren am Montag früh 5.30 Uhr von Dresden abgefahren, um an Liebzügen im Regimentsverbande auf dem Truppenübungsplatz Königsbrück teilzunehmen. Kurz hinter dem Ostbahnhof des Bahnhofs Königsbrück entgleiste ein Wagen und kippte dabei darauf um. Der vorhergehende Wagen wurde mit der Hinterachse auf den Schienen gehoben, wodurch die Kuppelung mit dem vorderen Jangteil zerriß. Die Lokomotive fuhr mit dem ersten Drittel des Zuges, der in ganzen 17 Wagen anfuhr, weiter, während der entgleiste und umgekippte Wagen von den hinter ihnen folgenden 15 Wagen weitergeschoben wurde. Der umgekippte Wagen wurde dabei noch etwa 80 Meter weit geschleift. Die Verunglückten hatten bereits die Pferde gelassen und die Stahlhelme abgenommen. Sie wurden durch die offene Wagentür herausgeworfen, kamen unter die Wagenwände zu liegen und wurden tödlich zermalmt. Die Körper wurden in viele Stücke zerhackt und waren kaum wiederzuerkennen. Ingesamt waren 250 Mann und 250 Pferde in dem Unglückszuge. Von den Pferden wurde nur eins verletzt.

Um die Ausarbeitung des Reparationsberichts.

1. Paris, 3. Juni. Die Ausarbeitung des Berichtes der Reparationskommission, den diese an die Regierungen übermitteln muß, ist trotz anhaltender Tätigkeit noch nicht beendet. Er ist anzunehmen, daß die Unterzeichnung erst Ende dieser Woche erfolgen kann.

Schreiben Dr. Schachts an Owen Young in der belgischen Markt-Frage.

1. Paris. In der belgischen Marktfrage hat der Vorsitzende der deutschen Gruppe, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, an den Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses, Owen Young, folgenden Brief gerichtet: „Sehr verehrter Herr Vorsitzender! In Ergänzung der Unterhaltung, die ich am letzten Sonnabend mit Ihnen in der belgischen Marktfrage gehabt habe, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die deutsche Regierung bereit ist, folgende Maßnahmen zu ergreifen: 1. Unverzüglich ein pactum de contrahendo mit der belgischen Regierung, sei es durch Notenwechsel, sei es durch ein gemeinsames Protokoll, abzuschließen, wodurch die beiden Regierungen sich verpflichten, Verhandlungen auf einer neuen Basis aufzunehmen mit dem Ziel einer endgültigen Regelung der Marktfrage.“

Das sozialdemokratische Mindestprogramm.

1. Dresden. In einer am Sonnabend im Landtagsgebäude abgehaltenen Sitzung der Landtagsfraktion und der Landesinstanzen der sächsischen SPD wurde mit großer Mehrheit das Mindestprogramm der Sozialdemokratischen Partei Sachsens für die Regierungsabstimmung beschlossen. Darin wird eine Umgestaltung der Grund- und Gewerbesteuererträge nach folgenden Gesichtspunkten verlangt: Schonung der kleinen Gewerbebetriebe und des kleinen Hausbesitzes, stärkere Belastung der höheren Betriebs- und Bodenerträge. Ferner werden verlangt die Erhöhung der Grundsteuer nach der Einheitswertsteigerung, Erhebung einer Baulandsteuer, Aufhebung der Verkopplung der Zuschläge zur Gewerbe- und Grundsteuer, Aufhebung der Stundungsordnung für die Mietzinssteuer unter Schonung der wenig leistungsfähigen Hausbesitzer und Ablehnung finanzieller Sonderbewilligungen an die Kirche. Der Arbeiterkongress soll durch die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms gewährleistet werden. Die soziale Fürsorge soll ausgebaut und die Wohnungsnot durch Bereitstellung größerer Mittel für den Wohnungsbau bekämpft werden. Außerdem werden gefordert der Ausbau der gemeinwirtschaftlichen Staatsbetriebe, Demokratisierung und Vereinfachung der Verwaltung und eine Reform des Bildungs- und Erziehungswesens.

Zweite Einkommen- und Körperschaftsteuer-Verteilung 1929.

Das Finanzministerium gibt bekannt: Bei der zweiten Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der zweiten Verteilung des Gemeindeanteils an der Körperschaftsteuer für das Rechnungsjahr 1929 haben die Gemeinden und Bezirksverbände erhalten:

- als Anteil am Gemeindeanteile der Einkommensteuer einen Betrag, der sich berechnet nach 1,21 RM auf die Einheit ihres 8. Einkommensteuerrechnungsanteils und nach 50,45 RM auf den Kopf der Bevölkerung;
- als Anteil am Gemeindeanteile der Körperschaftsteuer einen Betrag, der sich berechnet nach 1,60 RM auf die Einheit ihres 8. Körperschaftsteuerrechnungsanteils.

Soweit bei einzelnen Gemeinden noch Ueberzahlungen vorliegen, sind diese weiter zum Ausgleich gebracht worden. Sämtliche Beträge sind auf volle Reichsmark nach unten abgerundet worden.